

# Volkswacht

für Schlesien

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 4,50 Pf., auswärts 5.— Pf., Familienanzeigen 2.— Pf., Anzeigen unter Zeit 4,50 Pf., Berlin, Provinzial- und Wohnungs-Anzeigen 0,20 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 0,20 Pf., das letzte Wort 1,00 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Platzstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden

**Organ für die werktätige Bevölkerung**  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 8 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Platzstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Gewandstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Algenrodenstraße 14, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 4,20 Pf., monatlich 18.— Pf., vierteljährlich 54.— Pf., halbjährlich 108.— Pf., jährlich 216.— Pf.

## Reden ohne Entscheidungen in Genua.

### Das Wiederaufbaukonfortium.

(Sonderbericht eines Vertreters in Genua.)  
Neuerdings haben in Genua weitere Verhandlungen über die Beteiligung einer kleineren Staaten an dem vor wenigen Wochen in London gegründeten Konfortium zum Wiederaufbau Europas stattgefunden. Deutschland ist an diesem Konfortium, dessen Gelder von den Banken bereitgestellt werden, das aber gleichzeitig unter Protektion der einzelnen Landesregierungen steht, bekanntlich auch beteiligt.

Die in Genua anwesenden Vertreter der Banken haben folgende vorläufige Zusagen gemacht, die innerhalb 30 Tagen bestätigt werden müssen: Kanada 1 Mill. Pfund Sterling, Tschechoslowakei 1/2 Mill. Pfund Sterling, Dänemark und Japan je 1/2 bis 1 Million Pfund Sterling, Norwegen, Schweden und die Schweiz je 1/2 Mill. Pfund Sterling. Da das Stammkapital dieses Konfortiums nur 20 Millionen Pfund betragen soll, werden die Beiträge der Großmächte, die bereits eine Beteiligung in London zugesagt, von 5 auf 3 Millionen Pfund Sterling reduziert. Falls Amerika gleichfalls seine Beteiligung zugesagt, soll der von ihm zur Verfügung gestellte Betrag nicht in die 20 Millionen Pfund Sterling eingerechnet werden, jedoch als im Eventualfalle das Stammkapital von 20 Millionen überschritten würde.

### Keine französische Unterschrift unter die Einigung mit den Russen?

(Eigener Drahtbericht.)  
Barthou ist gestern vormittag in Paris eingetroffen. Die angekündigte Unterredung mit dem Ministerpräsidenten fand nicht statt, da Poincaré an der Besichtigung Deschamps teilnahm. Um 2 Uhr trat der Ministerrat zusammen, über dessen Beratung eine amtliche Mitteilung herausgegeben wurde, die besagt, daß Poincaré „im Namen aller Minister Herrn Barthou für das Talent und die Autorität dankt, die er in Genua bewies“. Der Ministerrat hat die Informationen aus Genua und Brüssel zur Kenntnis genommen und „einstimmig beschlossen, daß Frankreich sich von Belgien (das bekanntlich gegen die Einigung mit Rußland feigelegt ist. Red.) nicht trennen dürfe“. Barthou reist nach dem Beschlusse des Ministerrats am Freitag wieder nach Genua zurück.

### Privatmonopol auf russisches Petroleum?

Nach einer Meldung der Information aus Genua soll gestern vormittag in Rapallo ein Vertrag zwischen der Sowjetregierung und der englischen Petroleumgesellschaft Shell abgeschlossen worden sein, durch den die Petroleumgesellschaft das Monopol für den Transport und den Verkauf des russischen Petroleums erhält.

### Der Volkswissenschaftler wird vom Papst empfangen.

Nach einer Meldung des W.V. aus Rom wird in vatikanischen Kreisen das Gerücht bestätigt, daß Tischbiergen demnächst im Vatikan vom Papst und Kardinalstaatssekretär Gasparri empfangen würde. Mit Gasparri werde er über die Zulassung katholischer Missionare in Rußland verhandeln.

### Baron Malchahn — der neue deutsche Vertreter in Moskau?

In Sowjetkreisen wird behauptet, daß die Moskauer Regierung davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß an Stelle des Herrn Professors Wiedenfeld die deutsche Regierung den bisherigen Leiter der Abteilung Ost des Auswärtigen Amtes Baron v. Malchahn zum neuen deutschen Vertreter in Moskau zu ernennen beabsichtigt. (Kupfer).

Herr v. Malchahn ist der deutsche Hauptunterhändler für den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo gewesen. Wie der Inhalt des Vertrages zeigt, ist er kein schlechter Unterhändler. Wenn z. B. schon der Vertrag von Wiesbaden mit seinen einseitigen Bindungen Deutschlands und dem Freibleiben des französischen Vertragskontrahenten von allen bindenden Verpflichtungen als deutscher Verhandlungserfolg ausposaunt wurde, während er doch nur um seiner politischen Nebenwirkungen wegen zu verteidigen war, so begreift man, daß in gewissen, ganz bescheiden gemordenen politischen Kreisen Herrn v. Malchahns Erfolg beim Rapallo-Vertrag geradezu als Musterleistung für weitere Verträge hingestellt werden konnte. Herr v. Malchahn ist bisher Leiter der Ostabteilung unseres Auswärtigen Amtes. Die Rückwirkung seiner Arbeit auf unsere Stellung gegenüber den Westmächten in Betracht zu ziehen, von deren Politik unser Schicksal auch nach dem deutsch-russischen Vertrag abhängt, war nicht seine Sache. Hätten wir einen Außenminister, der die Arbeit der Ostabteilung in ein politisches Gesamtsystem einordnet, wofür in der kurzen Außenministerzeit Dr. Wirths Anfänge zu spüren waren, die wieder verschüttet sind, so hätte Malchahns Leistung im rechten Augenblick und im gegebenen Zusammenhang größten Nutzen bringen können.

### Die zweite Vollsigung der Konferenz.

(Sonderbericht unseres Vertreters in Genua.)

Am 10 Uhr vormittags eröffnete Präsident de Facta die zweite Vollsigung der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua, an der von deutscher Seite Dr. Wirth und Dr. Rathenau mit verschiedenen Vertretern der Ressorts und Sachverständigen teilnahmen. In der Eröffnungsrede kam de Facta auf die Arbeiten der Finanzkommission und der Transportkommission zu sprechen, deren Ergebnis der heutigen Sitzung zur Beschlussfassung vorliegt. Er sagte, die Notwendigkeit der Kreditbeschaffung für eine große Zahl von Ländern, die Wirtschaftskrise und der Geldumlauf seien das sichtbarste Zeichen der allgemeinen Krise, unter der Europa leide, und es sei höchste Zeit, Mittel gegen diese Krise zu finden. Wir können uns beglückwünschen dazu, daß die Arbeiten der Kommission so rasch und erfolgreich wurden. Die Verständigung, die trotz großer Schwierigkeiten von Männern aller Nationen gefunden wurde, ist von großer Bedeutung für die weiteren Arbeiten der Konferenz. Die bisher geleistete Arbeit zeigt, daß das Werk der Konferenz durchgeföhrt wird mit der Gemeinsamkeit der Absichten und getragen von dem Geiste des Zusammenwirkens.

Nach dieser Rede erstattete der Vorsitzende der Finanzkommission, Evans, den Bericht der Finanzkommission. Die Genuaer Finanzberatungen, so führte er aus, seien mehr als die bloße Wiederholung von Brüssel. Genua sei der beste Ort für die Verkündung der Grundrechte zur Wiederherstellung des europäischen Kredites und des freien Weltverkehrs. Der Redner ging dann auf die Hauptthesen der Beratung ein, nämlich auf die der Währungs- und der Kredite. Die Stabilisierung der Währung sei das Hauptziel der Konferenz, die wirtschaftlichen Wiederaufbau. Das Hauptziel der Konferenz sei die Währungsstabilisierung sei die unbedingte Beseitigung der Zahlungsmittel. Daher müsse der Notwendigkeit Beachtung aufgebracht werden. Das Budget jedes Landes durch Bekämpfung ausgeglichen werden. Wo dieses Verfahren nicht durchgeföhrt werden könne, lasse der Finanzbericht auswärtige Anleihen als zeitweilige Ausnahmen offen. Zur Wiederherstellung der Währungsstabilität sei der Zusammentritt der Zentralbanken notwendig. Zu dieser Konferenz würden auch die Vereinigten Staaten eine Einladung erhalten, ohne deren Mitwirkung die Pläne nicht durchgeföhrt werden können. Die Stabilität in den Wechselkursen würde ein unmittelbares Folge der Stabilität in den Währungen sein. Der Redner wies dann auf die geplante Gründung der Zentralen Internationalen Korporation mit einem Stammkapital von 20 Millionen Pfund Sterling hin, über die wir bereits berichteten.

Der französische Delegierte Dignard machte verschiedene Vorbehalte zu diesen Empfehlungen, gab aber seine Zustimmung zu ihnen und sprach dem Präsidenten Dank für die freundliche und gemeinschaftliche Arbeit aus.

Der italienische Minister des Innern, Schanzer, sagte, daß die Gesamtheit der Resolutionen der Finanzkommission ein vollständiges und logisches System im Hinblick auf die Heilung der finanziellen Lage Europas darstelle. Man müsse die vorliegende fruchtbare Arbeit als die Einsetzung des Wertes betrachten, das auf politischem Gebiete ausgeführt werden müsse. Es wird den Beginn eines neuen Zeitalters im politischen Leben Europas kennzeichnen voll würdiger und vertrauensvoller Zusammenarbeit für das Wohl der Völker und den Fortschritt der gesamten Menschheit.

Der holländische Delegierte v. Karnebeek gab die ungeheuerliche und volle Zustimmung der holländischen Delegation zu dem Resultat der Arbeit der Finanzkommission. Das Werk von Brüssel sei übertraffen, und die niederländische Delegation hoffe, daß diese Resultate den Anfang für den Wiederaufbau Europas bilden würden.

Für die schweizerische Delegation stimmte Bundesrat Schulthess den Beschlüssen der Finanzkommission zu, stellte aber fest, daß die meisten von ihnen nicht sofort durchgeföhrt werden können und daß für die Wiederherstellung des notwendigen Vertrauens für die Handels-, Finanz- und Industrieoperationen vorher Probleme politischer, sozialer und moralischer Natur zu lösen sind. Bevor nicht den Problemen der internationalen Währungs- und Verkehrs mit Europa wieder hergestellt werde, sei keine Hoffnung, die finanzielle und wirtschaftliche Wohlfahrt Europas wieder herzustellen.

Tischbiergen betonte, die russische Delegation habe alle Anforderungen gemacht, um mit bestem Willen an den Kommissionsarbeiten mitzuarbeiten, die in den letzten Jahren in Rußland geschaffene Lage habe ihr jedoch nicht die Mitwirkung in dem gewünschten Umfang ermöglicht. Die russische Delegation habe an den Vorbehalten fest und beständig eingedrungen auf der Notwendigkeit, daß es Rußland ermöglicht werden müsse, aus der jetzigen Wirtschaftskrise herauszukommen, indem der Handel und Verkehr mit Europa wieder hergestellt werde. Die russische Delegation bringe auf eine rasch mögliche praktische Beseitigung der genannten Beschlüsse.

Alsdann ergriff Reichsminister Dr. Rathenau das Wort. Er führte aus: Die Arbeiten der Kommission haben zur Lösung der ersten finanziellen und wirtschaftlichen Fragen Formeln gefunden, deren Tragweite alle Erwartungen übertrifft. Seit zwei Jahren sei der Weltmarkt in einer beklagenswerten Weise geschrumpft. Der Umfang des Welthandels sei auf ein Drittel, wenn nicht gar auf die Hälfte seiner Größe der letzten Vorkriegsjahre zusammengeschrumpft. Dieser Rückgang des internationalen Handels ist das bedenklichste Zeichen einer dauernden Verminderung der Kaufkraft, die in großen Teilen der Welt eine riesenhafte Arbeitslosigkeit, deren Opfer auf zehn Millionen ohne die Familienmitglieder geschätzt werden, mit sich gebracht

hat. Zu den Gründen, die zu dieser Situation geführt haben, sind vor allem die riesigen Lasten zu zählen, die sich aus den Verpflichtungen und aus den Folgen des Krieges ergeben. Diese Lasten haben wirtschaftliche Schwierigkeiten verursacht, die sich durch gewisse wirtschaftspolitische Maßnahmen der Nachkriegspolitik noch verschlimmert haben. Die Sachverständigen legen, die Verpflichtungen eines Landes zu Gunsten des Auslandes müssen durch den Umsatz von Waren geteilt werden können. Nach weiterer Berechnung, die sich von der Wirklichkeit nicht weit entfernt, müßte der Gesamtbetrag der Weltausfuhr verdoppelt werden, wenn die Zinsen und eine kleine Amortisationsrate der Kriegsschulden aufgebracht werden sollen. Nun ist aber der Weltmarkt bedeutend zurückgegangen. Die riesigen Lasten, unter denen die europäischen Staaten leiden, führen zu einer ständigen Verminderung der Kaufkraft in allen Ländern. Die Schuldnerländer sind im härtesten Verkaufszwang, aber die Käuferländer geben diesen Ländern keine Kaufkraft zur Bezahlung ihrer eigenen Bedürfnisse. Dem sie müssen einen großen Teil der so erworbenen Devisen ihren Gläubigern übergeben. Trotz intensiver Arbeit nimmt der Wert ihres Geldes ab, ihre Kaufkraft sinkt, und der Weltmarkt schrumpft mit der Abnahme der Kaufkraft weiter zusammen. Um ihre Märkte zu schützen, wenden sich die Gläubigerländer gegen den Import ihrer Schuldner durch Einfuhrverbote und hohe Zölle. Folglich sind die Schuldner, die sich trotz alledem Zahlungsmittel verschaffen müssen, in verschärfter Notlage. Das zwingt sie noch weiter, den Gegenwert ihrer Wertpapiere im Ausland zu drücken, um nur überhaupt Devisen zu erhalten. Das führt zu einer neuen Welle des Wechselkurses der Schuldner, zu neuer Arbeitslosigkeit bei den Gläubigern, zu neuen Verschärfungen des internationalen Wirtschaftskampfes. Es vermindert sich die Last der internationalen Verschuldung in eine Verschärfung der Krise. Das wird nicht aufhören, solange die Völker Europas einer Gruppe von Männern gleichen, die gewalttätig in einem ganz engen Raum eingeschlossen, sich gegenseitig an die Gurgel fassen, anstatt gemeinsam ihre Befreiung zu erzwingen.

All das ist in der Theorie klar erkannt, aber es fehlte bisher die Praxis. Die Wiederherstellung der Weltwirtschaft ist die erste Bedingung zur Beseitigung dieser Krise. Die Wiederherstellung der Freiheit der Handelsmärkte muß zu gleicher Zeit erfolgen. Jeder Stärkere muß dem Schwächeren zu Hilfe kommen. Die Stabilität ihrer Wechselkurse ist die Bedingung der Wiederherstellung ihrer Kaufkraft und die Wiederherstellung des Weltmarktes, die unentbehrliche Voraussetzung eines Fortschritts der Wirtschaft, Technik und damit schließlich der gesamten Zivilisation. Es ist also dringend nötig, die Mittel finanzieller und wirtschaftlicher Art eng miteinander zu kombinieren, sie so schnell wie möglich nutzbar zu machen und zu vermittelten. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Vertreter der großen Nationen gegenüber den unerschütterlichen Tatsachen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens den Willen zu einer energiegelichen und schleunigen Zusammenarbeit finden werden.

Im Anschluß einiger kurzer Ausführungen des italienischen Delegierten Bertolini wurden die Beschlüsse der Finanzkommission verlesen. Da sich Widerspruch nicht erhob, erklärte Präsident de Facta sie als angenommen.

Daraufhin wurde in die Verhandlung der Beschlüsse der Transportkommission eingetreten. Der belgische Vorsitzende dieser Kommission erstattete ausführlichen Bericht. Darauf wurden sämtliche Artikel ohne Widerspruch angenommen. Die zweite Vollsigung der Genuaer Konferenz hatte ihr Ende erreicht.

### Zum Kampf um die studentische Selbstverwaltung

wird uns aus akademischen Kreisen geschrieben:  
Der Gedanke der studentischen Selbstverwaltung durch gewählte allgemeine Studentenausschüsse hat sich bis zur Revolution gegen den Widerstand der großen Mehrheit der Studenten selber niemals dauernd durchsetzen lassen. Die Herren Mitglieder der alten Farbenkorporationen, die in der Öffentlichkeit als die eigentlichen und einzigen Vertreter der Studentenschaft erschienen, wehrten sich, so lange sie konnten, gegen das demokratische Prinzip einer gewählten Vertretung und gegen die Teilnahme an so niedrigen Verrichtungen, wie wirtschaftlicher Selbstverwaltung und Einflussnahme auf die Studiengestaltung. Um beide Aufgaben kümmerten sich damals allein die freistudentischen Organisationen, an denen sich aber auch nicht etwa alle nicht inkorporierten Studierenden beteiligten, da der Grundgedanke der Gleichberechtigung und der Ernst der wissenschaftlichen Bildungsarbeit, der in diesen Gruppen herrschte, auch von den nichtinkorporierten Studierenden die Mehrheit abstieß. Diese Verteilung der studentischen Arbeit und der freistudentischen Rechte hatte ihre Vorzüge für die freistudentischen, aus deren Organisationen in den letzten 20 Jahren ein überraschend großer Teil der im politischen Leben führenden jüngeren Akademiker, ziemlich aller, besonders allerdings der demokratischen Parteien, hervorgegangen ist. Der Nachteil für den politischen Geisteszustand der Mehrzahl





unserer Richter, Verwaltungsbeamten, Oberlehrer, Geistlichen, Universitätsprofessoren und Ärzte, der auf der anderen Seite mit dem Verbleiben der großen Mehrheit der Studentenschaft in allen Korporationsverbänden und der allen Korporationsange verbunden war, ist bekannt genug.

Der Nachteil dieses Zustandes für das Hochschulleben selbst wurde gegen Kriegsende unermesslich, als die Kriegsteilnehmer, zunächst die Vermundeten und Kranken, wieder zum Studium zurückzuführen begannen und die wirtschaftliche Not auch der Studentenschaft so sehr stieg, daß die Arbeitsvermittlungen und Wohnungsämter und die anderen Hilfsleistungen der freien Studentenschaften, obwohl sie immer der studentischen Gesamtheit zur Verfügung standen, nicht mehr ausreichten. Die Forderung der Freistudenten, durch eine Heranziehung der studentischen Gesamtheit auf Grund allgemeiner Wahl und allgemeiner Beitragszahlung den größten Teil ihrer Arbeit auf die Gesamtstudentenschaft zu übernehmen, fand immer stärkeren Widerhall. Sie drang mit einmal ganz durch, als die Revolution auch in den konservativsten Studententypen ebenso wie in den rechtsstehenden politischen Parteien eine plötzliche Vorliebe für die Demokratie als Schutz gegen die Diktatur revolutionärer Minderheiten erweckte. Die Studentendemokratie erschien mit dem Kriegsende auch um so ungefährlicher, als die nationale Stimmung in der Studentenschaft naturgemäß Krieg und als andererseits das bisher so angenehm empfundene obrigkeitliche Staatsregiment über die deutschen Hochschulen durch parlamentarische Kultusminister einen ganz anderen Charakter zu bekommen drohte, dem gegenüber der Ruf nach Selbstverwaltung im Hochschulwesen eine konservative Zuflucht werden konnte.

Im Handumdrehen entstanden in den ersten Revolutionsmonaten an allen reichsdeutschen Hochschulen allgemeine Studentenausschüsse, zu denen alle reichsdeutschen Studenten und — schrecklicher Gedanke für einen alten Waffenstudenten — sogar die studierenden Frauen ohne viel Mühe jetzt gleiches Wahlrecht erhielten. Ein allgemeiner deutscher Studententag wies Pfingsten 1919 in Würzburg der Arbeit dieser neuen Ausschüsse einheitliche Richtlinien. Man nahm sie aus der freiheitlichen Ueberlieferung der freistudentischen Bewegung, neben der nur noch das katholische Studententum eigene Tradition von allgemeiner Bedeutung in die gesamtstudentische Arbeit einzufließen wußte. Die studentischen Vertreter gehörten freilich schon damals in ihrer Mehrheit den konservativ-nationalistischen Gruppen an. Aber diese Gruppen standen den neuen Aufgaben so hilflos gegenüber, daß sie ohne Sympathie, einfach aus Hilflosigkeit, die von links kommenden Vorschläge, wenn sie in der Form nicht gar zu radikal auftraten, annahmen und die ganze Leitung der Tagung zu einem guten Teil einem erfahrenen Freistudenten überließen, obwohl sie wußten, daß sie es mit einem eingeschriebenen Sozialdemokraten zu tun hatten. Die Folge war, daß sowohl für die Form des studentischen Verfassungswesens als auch für den Inhalt der Selbstverwaltungsarbeit — wirtschaftliche Selbsthilfe, Demokratisierung des Disziplinarrechts, Mitarbeit an der Studienreform — auf diesem ersten Studententag wirklich fördernde Gedanken von praktischer Bedeutung als Meinung der Gesamtheit von über 100 000 deutschen Studierenden erschienen.

Die weitere Entwicklung führte von dieser Höhe Schritt für Schritt herab. Für Studienreform und bessere Hochschulverfassung wurde auf den folgenden Studententagen kein Schritt mehr nachwärts getan. Ein Vorstoß von linksstehender Seite, der gegen die trostlose Nachschleife des Berufs- und Examenstudiums und gegen die herabziehenden Formen des studentischen Nebenberufs einen neuen studentischen Typ zu stellen suchte, der zur Wahrung seiner geistigen Freiheit gegen Wirtschaftsdruck und andere äußere Hem-

mungen sich solidarisch zusammenschließt, fand überhaupt kein Verständnis mehr. Die wirtschaftliche Selbsthilfearbeit geriet immer mehr ins Klettwasser von Wohltätigkeitsaktionen, die von außen her kamen. Inhalt und Ziel der ganzen pseudo-parlamentarischen Arbeit der studentischen Mehrheit selbst wurde dagegen, nachdem sich die Reaktion gesammelt hatte, fast ausschließlich die Zerstörung der Voraussetzungen des allgemeinen studentischen Zusammenschlusses, wie er in Würzburg gelungen zu sein schien. Man änderte die Zweckbestimmung der studentischen Selbstverwaltungsorganisationen, indem man verschommen allgemeine „nationale“ Wiederbauarbeiten hineinnahm, die praktisch auf rein negative Rundgehungen zu politischen Fragen hinausliefen. Man gab die Durchführung des Grundgedankes der gleichberechtigten Zugehörigkeit aller deutschen Studierenden zu den Selbstverwaltungsorganisationen auf, indem man zunächst aus Deutsch-Oesterreich und Deutsch-Böhmen nur Anhänger des „völkischen“ Prinzips zuließ und damit nicht nur die dortigen Juden, sondern auch alle „arischen“ Nichtantijemiten praktisch ausschloß. Man suchte schließlich das „völkische“ Prinzip unter den Einfluß dieser für die Mehrheitsbildung auf den Studententagen ausschlaggebenden „völkischen“ Sonderbündler aus Oesterreich und dem Sudetenland auch für Reichsdeutschland selber zur Geltung zu bringen und damit auch den reichsdeutschen Kern der studentischen Gesamtorganisation zu sprengen.

Hier setzte eine schwache Gegenbewegung ein, die nicht so sehr die Unschärfheit und Kulturwidrigkeit dieser engtirnigen Spaltungsprinzipien für die Hochschularbeit betonte, als die Gefahr, daß die Parlamente und vielleicht auch der eine oder der andere jüdische Mann der studentischen Wohlfahrtsanstalten dadurch in Gegensatz zur Studentenschaft kommen würde. Wo ein primitives Anstandsgefühl und der Sinn für die Unvereinbarkeit einer freien Wissenschaftspflege mit einem reaktionären unsachlichen Auswahlprinzip für den akademischen Nachwuchs fehlte, verfiel doch die Angst vor diesen unangenehmen Nebenwirkungen „völkischer“ Politik.

Eine „Notverfassung“ wurde durch Kompromiß der nicht ganz rechtsradikal verbehten Gruppen vereinbart, der auch der deutschnational orientierte „Hochschulrat deutscher Art“ zustimmte, und die für Reichsdeutschland das Zugehörigkeitsprinzip aller studierenden deutschen Staatsbürger wieder herstellte und für Deutsch-Oesterreich und Deutsch-Böhmen Sonderregelungen vorsah, die die privilegierte Stellung der dortigen Antijemiten auf den Tagungen der deutschen Gesamtstudentenschaft beenden sollte. Die Rechtsradikalen begannen sofort Sturm gegen dieses Kompromiß zu laufen, und so ist auch seit der Vereinbarung der Notverfassung der Verfassungskampf nicht zur Ruhe gekommen und positive Hochschularbeit von der studentischen Selbstverwaltung nicht geleistet worden.

Ein weiterer Studententag soll die endgültige Entscheidung über die Verfassungsfrage treffen. Es ist der vierte oder fünfte Studententag seit dem Kriege, der sich nach der grundlegenden Würzburger Einigung damit beschäftigen soll. Die Hoffnung, daß die Studentenschaft selbst in ihrer Mehrheit aus der rein negativen reaktionären Einstellung schon so weit wieder herausgefunden haben soll, daß diesmal das Wunder geschieht, ist gering. Was aber dann, wenn nicht einmal die Notverfassung vom nächsten Studententag bestätigt wird, wenn der Versuch, die Grundzüge der Reichsverfassung über das gleiche Recht aller deutschen Staatsbürger aufs neue gerade auf diesem Gebiete angefaßt werden, wo sie dieses verfassungsmäßigen Schutzes am wenigsten bedürftig sein? Die heutige Studententerversammlung ist von den Regierungen der Länder und auch von der Reichsregierung praktisch durch viele Maßnahmen anerkannt worden. Der Beitrag zu den studentischen Selbstverwaltungskörpern wird von den staatlichen Hochschulbehörden eingehoben, wie die Studiengebühren selbst.

Mit der Zerstörung der Reichsgrundlagen der studentischen Selbstverwaltung entfällt selbstverständlich für jeden einzelnen Studierenden auch die Pflicht, sie zu unterstützen. Man wird es keinem Sozialdemokraten zumuten wollen, ein deutschvölkisches Privatunternehmen mit Geldmitteln zu unterstützen und mehr als ein solches würde dann ein Studentenausschuß nicht mehr darstellen. Den staatlichen Behörden würde damit allerdings kein Organ der Studentenschaft mehr gegenüberstehen, das diese in ihrer Gesamtheit vertreten könnte.

Sollen wir eine solche Entwicklung wünschen? Sollen wir die Selbstentmündigung der deutschen Studentenschaft fördern, weil diese es in ihrer Mehrheit nicht besser verdient? Oder sollen wir nicht auch hier die letzten möglichen Versuche machen, den besseren Kräften, die sich in der Studentenschaft selbst regen, den Boden für eine Erziehungsarbeit zu bereiten, die vielleicht erst in der Zukunft nach einer grundlegenden Aenderung des heutigen Ausleseprinzips für den Zutritt zum akademischen Studium ihre Früchte tragen wird? Sollen wir warten, bis es unserer mühsamen schulpolitischen Arbeit gelungen ist, diese Voraussetzungen in einer doch nicht allzu nahen Zukunft zu schaffen?

Ein Blick in die Studentebewegung selbst zeigt, daß doch auch heute schon eine Minderheit vorhanden ist, um bereitwillig sich doch auch gegenwärtige Hochschularbeit schon lohnen würde, selbst wenn wir im übrigen wirklich den Nachwuchs unserer akademischen Berufe wegen der völligen Verrottung unserer akademischen Zustände eine Weile sich selbst überlassen müßten. Wir denken nicht an jene oben erwähnten Gruppen, die aus Nützlichkeitsbetrachtungen heraus für die „Notverfassung“ eintraten und wollen auf der anderen Seite auch sowohl die ganz wilden kommunistischen Gruppen nicht als Zukunftshoffnung zählen, die nur die Negation der negativen Reaktionen predigen, und auch nicht jene jüdischen Sondergruppen, die äußerlich und innerlich allen Rasseforschern zum Trotz das Neueste an Anpassung an ihre deutschvölkischen Gegner leisten und nur deswegen gelegentlich zur akademischen Linken halten, weil sie auf der Rechten nicht aufgenommen werden. Was von nichtreaktionären Gruppen übrig bleibt, hat sich kürzlich in einem „Deutschen Studententag“ zusammengeschlossen, der auf ein positives Programm studentischer Selbstverwaltungsarbeit und studentischer Hochschulpolitik immerhin sozialistische, demokratische, freistudentische, freideutsche Gruppen, dazu einige katholische Vereinigungen und einige paritätische Korporationen vereinigte.

Im Kampf um die Verfassung bleibt eine solche Vereinigung heute eine aussichtslose Minorität. Hier werden wohl zunächst die Landesregierungen den Grundzügen der republikanischen Verfassung Geltung verschaffen müssen, wenn nicht um der einheitlichen Regelung für ganz Deutschland willen die Reichsregierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch macht, hier durch Rahmengesetzgebung einzugreifen. Wir fürchten, daß der nächste Studententag die Notwendigkeit eines solchen Eingreifens von Regierungsseite schneller dartut als uns lieb ist. Wenn Freiheit der Wissenschaft nicht Freiheit des heutigen akademischen Ringens bedeuten soll, wird der Republik sie gegen reaktionäre politische Einflüsse bis in die Hochschulverfassung hinein sichern und schützen müssen.

### Der braunschweigische Landtag

nahm gestern, wie uns ein Drohbericht meldet, seine Arbeiten wieder auf. In der Debatte über den Bericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses stellte der Fraktionsvorsitzende des Landeswahlverbandes (Rechtsparteien) die Frage, ob das Ministerium noch das nach der Verfassung notwendige Vertrauen hat und sprach ihm dieses ab. Auch die Demokraten sind für das Mißtrauensvotum, so daß heute abgestimmt wird. Sepp Dexter, der Urheber dieser Krise, erklärte stolz, daß er der Regierung kein Vertrauen schenken könne.

Für die mehrheitssozialistische Fraktion erklärte Genosse Jasper, daß die sozialdemokratischen Minister Steinbrecher und Andrit und der unabhängige Kultusminister Grotzsch das Vertrauen seiner Fraktion hätten. Die Unabhängigen sprachen dem Ministerium ihr volles Vertrauen aus. Die Haltung der Kommunisten ist noch nicht geklärt.

### Der Finanzausgleich zwischen Reich, Staaten und Gemeinden.

Das offiziöse W.F. meldet: Die auf Einladung und unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen am 28. und 29. April in Würzburg stattgehabte Konferenz der Finanz- und Innenminister aller deutschen Länder hat einen allseitig befriedigenden Verlauf genommen und zu Ergebnissen geführt, die den berechtigten Wünschen der Länder und Gemeinden insoweit Rechnung tragen, als die Finanzlage des Reiches es irgend gestattet. Ohne die Notwendigkeit sparsamer Wirtschaftsführung zu verleugnen, war die Beschaffung der Mittel zur Finanzierung des Reiches in einer Weise auszugestalten, die der Selbstständigkeit und Selbstverantwortung der Länder und Gemeinden in höherem Maße Rechnung trägt, als das nach den geltenden Vorschriften des Bundeshaushaltsgesetzes der Fall ist. Dabei wurde auch der dringende Wunsch ausgedrückt, es möchten in Zukunft reichs-gesellschaftliche Maßnahmen vermieden werden, die den Aufgabekreis der Länder und Gemeinden erweitern, ohne gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge zu tragen. Die außerordentlichen Sozial- und Zuschüsse des Reiches es anlässlich der Erhöhung der Bemittelungsstellen sollen in feste Zuschüsse umgewandelt werden, deren Bemessung den Mehrnahmen der Länder und Gemeinden aus dem Erlös der Einkommensteuer infolge der Befolgsamkeit Rechnung tragen und gleichzeitig einen Anreiz zu Sparmaßnahmen auf dem Gebiete der Beamtenverwaltung geben soll. In den Beschlüssen der Konferenz werden nunmehr noch die verfassungsmäßig bestimmten Stellen des Reiches und der Länder Stellung zu nehmen haben.

## Das neue Karthago.

Von Georges Cehoud.

68] (Nachdruck verboten.)  
„Wir werden den Kuben doch noch erobern!“ sagte Bejarb unterwegs zu Saint-Gerbert, der kein Aufheben auf die Wangen hielt, aus denen ihm die Haare etwas zu brist herausgerissen worden waren. In eine Verfassung darf man nicht denken, mein Herr. Wir müssen uns noch geraume Zeit ruhig verhalten, denn wegen dieses kleinen Unfalls hat man schon einen Vorstoß gemacht, und es könnte uns nur schaden, wenn man jetzt Schritte von der Art unternimmt, die man unternimmt. ... Was wir hier, bis jene Kanonen aufhören haben zu schreien. Wenn sie weiter so hellen wie diesen Klagen, werden sie heute Abend heiser sein. Mit Heiserkeit werden wir dann schon abrechnen.“  
„Im Grunde genommen“, fuhr der Händler fort, indem er sich die Hände rieb, „ist es doch kein schlechtes Geschäft für uns ... Das Schiff hätte nicht mehr lange Widerstand geleistet. Die Kanonen hätten es schon verlassen, so hat doch das Wasser in den unteren Schiffsraum. Es war ja nur noch ein alter Holzfass, für den die Beschützung aus den doppelten Wert bezahlet wird. Und wenn wir die Kanone verlieren, wie jenem Singschiff, kaputt haben — du erinnerst dich dieses Singschiffes des Kapitans des Eleonorenanstandes; jetzt ist er ad patrem —, so werden wir doch die Beschützungskosten der untergegangenen Mannschaft in die Tasche stecken. Das wird sich mehr als ausgleichen.“  
Der Reeder legte in seine Privatwohnung zurück und speiste dort, als ob nichts vorgefallen wäre. Eine erzieht auf seinem Schiff, daß er eine technische Kunde hatte. Seit dem Defekt, während er einen letzten Kunden schloß und sich ein Glas Wein besorgte, mit der Möglichkeit eines Gefährlichen einschlechte, teilte er seiner Frau so ganz nebenbei in fast gleichzeitiger Rede den fröhlichen Untergang des Schiffes mit, bis sie gelangt hatte.  
„Denn auf die Küste zu gehen, die ich auf dem Gefährlichen voraus bemerkt habe, bevor es die Folgen des Unfalls und brachste die Fahrt der Fahrt.“  
Sie hat ihn zu überzeugen, aber er fuhr fort und eine Leere so weit für ein den Stoppeln des Schiffes auf der Küste den Weg zu erkennen.

Es wurde ihr beinahe unmöglich, und sie entfernte sich.  
In ihrem Zimmer dachte sie an das schlimme Verzeihen, das gewisse Zuschauer beim Stapelland darin erblickt hatten, daß sie hätte beim Durchgehen des Schiffes so pöbelnd und so ungeklärt war ...  
Als Lorenz sich von der Menge, die ihn umringte, um etwas Räuber zu erfahren, herausgearbeitet hatte, ließ er sich bloßen Kopf — denn er hatte nach dem Kampfe verlesen, seine Hände aufzuheben —, ohne etwas zu sehen noch zu hören, nach keiner Richtung hin und wollte sich auf dem Wege wie ehemals bei den „Dobrujitz“ wahren. Dort fing er an zu meinen, und es erleichterte ihn einzuatmen, als er die Leinen verzogeln konnte, die er zerreißen wollte. Er unterließ das Schließen nur, um die Kanone Jan, Wangen, Siska und Gertrude einzusparren.  
Gleichem verging kein Tag mehr, an dem er nicht das Lied „Wo kann es besser sein?“ der Kanone von Würzburg vor sich hinmurmelte, wie jemand sich ein lautes, aber sehr gefährliches Gift eintrinkt.  
Lorenz hatte keine Ahnung von der Veränderung, die in der Seemannsleiter seinen Conscience vor sich ging, und er machte von jetzt an keinen Unterschied mehr zwischen den beiden Sines: dem Weiße und dem Schiffe. Eifernd, verzweifelnd und verzerrt bringend, wie sie war, hatte Frau Bejarb ihr Paterfamilias, das Schiff, dem Untergang geweiht, um die gute, heilige Gertrude umzubringen. Das gläubige Lorenz, und er war über sich selbst unzufrieden, wenn er daran dachte, daß er einen Augenblick wieder begonnen hatte — es war an dem Abend des Unterganges —, diese Regina zu lieben. Jetzt war er aber überzeugt, daß er sie nur noch lieben konnte.  
Aus dem gegen die oligarchische Gesellschaft veranlaßte sich sein Rufes für die letzten Loten nach nicht mehr mit der Zustimmung zu den einzelnen Arbeitern, sondern auch mit einer hohen Sparpolitik für die Kanone, die nunmehr, ja sogar die letzten ein wenig heruntergekommenen Kanone. Er gab sich endlich ganz diesem Gefühl der Anarchie hin, das seit seiner ersten Krankheit in ihm schlummerte, das ihn bis auf den Hals durchdrang und alle Feiern seines liebenden Segens beherrschte.  
Jetzt sollte sich seine ungeliebte Schicksal nach einer ganz neuen Generalität den auf der Erde Bemerkungen gegenüber.  
(Fortsetzung folgt.)

### Papierwucher und Reichsregierung.

Wie die „Zeit“ hört, will die Reichsregierung demnächst mit den Vertretern der Reichstagsparteien Besprechungen über Maßnahmen zur Senkung der Zeitungspapierpreise abhalten, an welchen auch Vertreter des Zeitungsgewerbes und der Papierfabriken teilnehmen werden. Die öffentliche Bewirtschaftung des Papiers dürfte, dem Blatt zufolge, wohl kaum in Frage kommen, jedoch sollen die Finanzierung der Auslandsgerichte der Papierfabriken zur Verbilligung der Inlandsproduktion und Beschaffung billiger polnischer Holz, sowie Tariffragen zur Erörterung kommen.

Es mutet eigentümlich an, daß gerade die vorkriegszeitliche „Zeit“ über die Pläne der Reichsregierung gegen den Papierwucher unterrichtet sein will. Bürgerliche Blätter veröffentlichten vor einigen Tagen vertrauliche Schriftstücke, aus denen die Gegenbemühungen der organisierten Interessenten des Papierwuchers gegen eine erträgliche Regelung der Papierpreise zu ersehen waren. Wenn die Mitteilungen des rechtsstehenden Blattes zutreffen, so wäre das ein Sieg jener Interessentenbestrebungen. Der parlamentarische Vorstoß unseres Genossen Göde gegen den Papierwucher wäre dann im wesentlichen abgelehnt. Selbst ganz rechtsstehende Blätter wie die „Schlesische Zeitung“, die sonst Gegner aller freien Wirtschaft sind, haben in der Papierfrage, wo die Preise jetzt das 65fache des Friedenspreises an übersteigen beginnen, und wo sie daher selber den Segen der „freien“ Wirtschaft verspüren, nach öffentlicher Bewirtschaftung, also nach Zwangswirtschaft verlangt. Zahlreiche Zeitungen haben in den letzten Wochen ihr Erscheinen wieder ganz einstellen oder teilweise einschränken müssen. Wenn diese Zeitungen wesen nicht denjenigen Kreisen ausgeliefert werden soll, die durch große Zuschüsse aus Industrie- und Landwirtschaftsprofite die öffentliche Meinung irrezuführen suchen, so wird nur ein scharfes Durchgreifen seitens der Reichsregierung noch helfen können.

### Eintägiger Proteststreik der Berliner Gemeindegewerkschafter.

Die bedauerlichen Vorgänge, die sich am Dienstag Abend vor dem Berliner Rathaus abspielten, riefen in der städtischen Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung hervor, die dazu führte, daß die städtischen Arbeiter und Angestellten am Mittwoch Morgen an verschiedenen Stellen zwar zur Arbeit erschienen, aber passive Resistenz übten. Im Laufe des Vormittags trat eine Versammlung der Gemeindegewerkschafter zusammen, in der Genosse Volensky der Führer der Berliner Gemeindegewerkschafter, feststellte, daß die Abberaumungsmassnahmen nicht auf Veranlassung des Polizeipräsidenten Genossen Richter sondern des Oberbürgermeisters Boche und des Stadtverordnetenvorstehers Caspari erfolgten. Diese Maßnahmen waren überflüssig, da die Demonstrationen gar nicht die Absicht hatten das Rathaus zu belagern. Die Schupo sei in erster Linie schuldhaft. Allerdings seien auch unter den Demonstranten verdächtige Personen gewesen, die er lieber nicht gesehen hätte. Von einem andern Redner wurde ausdrücklich die Anwesenheit eines Spähers, der vor einiger Zeit aus der KPD ausgeschlossen wurde, festgestellt. Die Versammlung entsandte dann eine Deputation zum Polizeipräsidenten und zur Berliner Gewerkschaftskommission. Genosse Richter bedauerte den Vorfall und erklärte, daß er keinen Befehl zum Aufmarsch der Schupo gegeben und es abgelehnt habe am das Rathaus eine Banneile zu ziehen. Er versicherte, daß die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. In der Diskussion über diesen Bericht wurde der Vorschlag gemacht, in einem vierundzwanzigstündigen Proteststreik einzutreten. Die Gewerkschaftskommission ließ durch Savath erklären, daß sie diesen Streik billige. Ein dementsprechender Beschluß wurde gefaßt. Der Streik beginnt am Donnerstag früh beim Schichtwechsel und erstreckt sich auf alle städtischen Werke. Notstandsarbeiten werden verzichtet. Berlin wird also am Donnerstag ohne Wasser, Gas, Elektrizität und Straßenbahnverkehr sein.

### Aus dem Landtag.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages gab es eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte. Die Kommunisten beantragten, noch heute ihre große Anfrage über die Vorgänge am Berliner Rathaus auf die Tagesordnung zu setzen. Weist sich der Minister des Innern, Genosse Severing, bereit erklärte, die große Anfrage am Donnerstag zu beantworten, lehnten unsere Genossen mit den anderen Parteien den Antrag der Kommunisten ab.

Neben anderen kleinen Vorlagen wurde dann der Gesetzentwurf über die Anwendung der §§ 7 und 25 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes in zweiter und dritter Lesung unter Ablehnung deutschnationaler Änderungsanträge erledigt. Dann folgte die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Ausübung des Vermögens der evangelischen Landeskirchen für die Pfarrerbildung sowie die Beratung über die Befähigung einiger Kirchenverfassungsglieder der evangelischen Landeskirche, die sehr auf die Interessen der Orthodoxie zugeschnitten sind. Kleinspahn von der USPD hielt dabei eine fastliche grundsätzliche Rede zur Frage des Verhältnisses der Kirche zum Staat, wobei er die Reaktion in der evangelischen Kirche besonders geißelte.

### Der Dollar auf 306.

Die Ermattung der deutschen Markt an der gestrigen New Yorker Börse und die Nachrichten über die Abreise Bartheaus aus Genua, riefen am Berliner Devisenmarkt eine sehr pessimistische Stimmung hervor. Die Kurse bewegten sich in scharfem Tempo nach oben. Die Nachfrage wurde verstärkt durch Devisenkäufe der Industrie und des Großhandels, die sich in letzter Zeit sehr zurückgehalten hatten, um den Ausgang der Konferenz in Genua abzuwarten. Die Eindeckung mit Kassakosten usw. duldet jedoch keinen Aufschub mehr. Um die Mittagsstunde wurde der Dollar mit 306 gehandelt. Am Effektenmarkt bleibt das Geschäft nach wie vor sehr still. Die Dollarkasse blieb ohne Eindruck. Starke Angebot machte sich in einigen oberflächlichen Papieren bemerkbar.

### Der Beamtenauschuh des Reichstages

Legte am Mittwoch die Beratung des Beamtenauschuhgesetzes fort. Auf Antrag Steinlopp (Soz.) wurde ein neuer § 25 eingefügt, wonach Neumahlen stattfinden müssen, sobald die Gesamtzahl der Beamtenschaftsmitglieder unter die vorgeschriebene Zahl sinkt oder der gesamte Beamtentrat zurücktritt. Der § 26 erhält auf sozialdemokratischen Antrag eine Fassung, nach der die Mitglieder der Beamtenschaft ihr Amt als Ehrenamt ausüben, wenn aber die Ausübung dieses Amtes durch entsprechende Dienstverhältnisse nicht ermöglicht ist, wobei auf dringende Dienstaufgaben die erforderliche Rücksicht genommen werden darf. Neu eingeführt wird auf sozialdemokratischen Antrag der § 26a, nach dem bei größeren Dienststellen regelmäßig eine Spröckelkammer abzuhalten ist. Ein Antrag Schaldt (Dem.) wird angenommen, der einen Paragraphen einfügt, nach dem die Verwaltungsbeamten in der Ausübung des Mandats, in der Wahrnehmung und Ausübung der Pflichten eines Mitgliedes des Beamtentrats weder bestraft, noch benachteiligt werden dürfen. Der § 27

erhält auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eine Fassung, nach der die durch die Beschäftigung entstehenden Kosten die Verwaltung zu tragen hat und für Dienstreisen sowie für Kosten, welche durch notwendige Geschäftsführung entstehen, den Beamtenschaftsmitgliedern eine Aufwandsentschädigung in gleicher Höhe gewährt werden soll.

### Scheidemann bleibt in Cassel.

Die von uns aus dem Berliner Tageblatt übernommene Nachricht, Genosse Scheidemann habe sich um das Bürgermeisteramt in Fürstenwalde beworben, wird im „Vorwärts“ als haltloses Gerücht demontiert. Scheidemann habe sich nirgends beworben und auswärtige Angebote abgelehnt. Es handelt sich also um eine Tendenzmeldung.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Vom Transportarbeiterverband.

Wenn man bedenkt, daß unser Verband gegenwärtig weit über zwöchstausend Mitglieder zählt, dann kann man allerdings sagen, daß unsere Quartalsversammlung am vorigen Dienstag in der Wilhelmshurg verhältnismäßig schwach besucht war. Wir empfehlen deshalb unserer nicht orientierten Kollegenschaft eindringlich, sich künftighin etwas mehr und besser um die Veranstaltungen ihrer Organisation zu kümmern. Dazu gehört vor allen Dingen, daß alle unsere Mitglieder die „Vollmacht“ lesen und auch dem Interessten derselben ihre feste Aufmerksamkeit schenken; darin werden nämlich alle unsere Verbandsangelegenheiten veröffentlicht!

Der Vorsitzende, Kollege Senf, eröffnete die Versammlung in üblicher Weise, und seine ersten Worte galten dem Andenken unserer Toten des letzten Quartals, deren Andenken die Anwesenden durch Erheben und den Blicken ehrten.

Alsdann folgte ein ausführlicher Bericht, überreich an intensiver Arbeit und harten, schwierigen Kämpfen um Erbringung einigermaßen menschenwürdiger Lebensverhältnisse für die gesamte Kollegenschaft.

Unsere Tarifbewegung umfaßte im verfloffenen Quartal hauptsächlich 14 besondere Gruppen; 13 derselben ließen sich ohne Anwendung des alleräußersten Kampfmittels, eines Streiks, zur Not mal vor dem höchsten Schlichtungsausschuss vergleichen oder spruchweise den am Orte üblichen Lohnverhältnissen friedlich anpassen — bis auf die Verhandlungen bei der Elektrischen Straßenbahn Gräbchen, deren Direktion im Verfolg eines etwas eigenartigen, sonderbar anmutenden Finanzplanes trotz erfolgten Spruch vor dem Schlichtungsausschuss, welcher dem Personal eine geringe Lohnaufbesserung bringen sollte, durch Ablehnung desselben ihre Arbeiterschaft geradezu vor den Kopf gestoßen hat. Und deshalb brach bei der E. Str. B. berechtigter Weise der Streik aus, welcher noch heute andauert. — Unsere Mitglieder der Wilhelmshurg gab ihrer Empörung über das sonderbare Verhalten des Direktors volle Unterstützung und gelobte, einstimmig Schulten an Schulten neben den Streikenden zu stehen und sie auch ganz besonders finanziell zu unterstützen, um den uns aufgewungenen Kampf zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.

Anschließend an den Bericht des Vorsitzenden folgte der eigentliche Rollenbericht durch Kollegen Bräuner nebst einem Aufruf zur intensiveren Stärkung unserer Ortsklasse. Das können unsere Kollegen am besten dadurch erreichen, indem sie ihre Beitragsleistung den höheren Klassen entsprechend ihrem Lohn anpassen, wodurch sie sich natürlich auch größere Vorteile in der Zeit unserer gesamten Unternehmungen sichern.

Einen sehr ausführlichen Bericht über die Kartierarbeiten gab uns Kollege Stande. Darauf folgte eine sehr angeregte Diskussion ein, welche von ca. 14 Kollegen teilweise in ziemlich lebhafter Art bestritten wurde. — Ein Antrag Stande, wonach in Zukunft unsere gewerkschaftlichen Mitteilungen in der gesamten, langgedruckten Arbeiterpresse veröffentlicht werden sollen, fand nahezu einstimmige Annahme. — Für die Wahl zweier Delegierten zum Gewerkschaftstages in Leipzig wurden die Kollegen Senf, Dahn, Stande, Bienen und Schneider vorgeschlagen.

Die Schlussausführungen des Vorsitzenden brachten zunächst eine eingehende Beantwortung aller geäußerten Kritik und gipfelten in einem kernigen Aufruf zur allgemeinen Aufklärungsarbeit, zu weiterer tatkräftiger Zusammenhalten und Einsehen aller Kollegen für das Wohl und einheitliche Erhalten der gesamten Organisation.

### „Öffentliche“ Eisenbahnbeamten-„Versammlung“ des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes.

#### Nach dem Aprilstreik — erfolgt ein Mai-Kleinfall!

Einen Hören Reinkall erlebte der „Allgemeine Eisenbahner-Verband“ (Eisen-Duender), der am Mittwoch, den 3. Mai, nach der Wilhelmshurg eine öffentliche Eisenbahner-Beamten-Versammlung einberufen hatte. Als Referent war ein Herr Thiele an Eisen erschienen, welcher über den „Existenzkampf der Eisenbahner“ sprechen wollte. Obwohl mächtig die Kassametermel gerührt und tausende von Handflügeltät unter den Eisenbahnern verbreitet wurden, waren ganze 20 Personen erschienen, darunter befanden sich der eigene Vorstand und die Vertreter der übrigen Eisenbahner-Verbände.

Die Versammlung war um 6 Uhr festgesetzt. Eine volle Stunde später wurde von dem Referenten eine Erklärung abgegeben, daß dieselbe nicht stattfinden könne, weil man ihm nicht zumuten kann, vor leeren Stühlen über den „Existenzkampf der Eisenbahner“ zu sprechen.

Ja, ja, verehrte Organisationsleitung vom Allgemeinen Eisenbahner-Verband. Die Eisenbahner haben erkannt, wo ihre Interessen vertreten und auf welcher Grundlage und Organisationsform ihr Existenzkampf ausgetragen wird. Das hat der Aufmarsch der gewaltigen Massen der freigewerkschaftlichen Eisenbahner am 1. Mai gezeigt.

Die Leser unseres Gewerkschaftsteils werden sich auf den Artikel vom 8. April in unserer Zeitung erinnern können. In diesem war die gestohlene Entscheidung enthalten, die der AEB. in allen bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht hat, welche den sofortigen Lohnabzug von 50 Prozent und darauf folgenden Preisabzug fordert usw. bis die Friedenspreise am 1. Oktober erreicht sind. Oh, diese ahnungslosen Engel!

Auf diese Entschädigung, welche kein Aprilstreik war, ist ein böser Mai-Kleinfall erfolgt. Die wenigen Eisenbahner, die noch dieser Kuch-Organisation angehören, werden nun doch bald erkennen müssen, daß ihr Existenzkampf nur von einer mächtigen Einheitsorganisation auf freigewerkschaftlicher Grundlage ausgetragen werden kann.

Deswegen, Arbeiter, Angestellte und Beamte der Eisenbahnen, die ihr noch fern steht, schließt die Reihen! Steht in die gewaltigen Front der Eisenbahner! Steht in den Fronten der Eisenbahner-Verband!

### Ein Heidenbild von Kahr.

München, 3. Mai. (Mg. Drahtmeldung.) Regierungsrat v. Kahr hat den Beschluß des Münchener Stadtrats, die Kärner der ungeliebten Reichsregierung mit verbilligtem Brot zu versorgen, in Form von Verordnungen aufgehoben und sein Einverständnis innerhalb 14 Tagen angefordert, falls der

Befehl nicht vollzogen wird. Der Stadtrat beschloß, dieser Maßnahme nicht nachzukommen.

Daß diesen abgestakelten Ministerpräsidenten Bayerns ab und zu Nachgelüste antommen, ist im Hinblick auf seine skandalöse politische Vergangenheit nicht verwunderlich. Daß sie sich aber in solch schäbiger, der Menschlichkeit Hohn sprechender Weise auswirken, verdient, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden.

Wahrlich ein großer Mann, dieser Kahr, der trotzdem vom Münchener Stadtrat übersehen wird, wie er es verdient.

## Breslau (Land)-Neumarkt.

### Unsere Maifeier.

Unter außerordentlicher reger Beteiligung gingen unsere Maifeiern in den Ortsgruppen von Station. Trotzdem der erste Mai auf den Montag fiel, war die Arbeitsruhe fast überall durchgeführt. Ganz insbesondere verdient hervorgehoben zu werden, daß mit wenigen Ausnahmen die Landarbeiter fast vollständig zur Stelle waren, ein Zeichen, daß auch sie wissen, wo sie hingehören.

In unserem Unterbezirk fanden 30 Maifeiern statt und ist das ein Beweis, wie tief der Gedanke des ersten Mai in der Arbeiterschaft verankert ist.

In Groß-Mochberg fand ein großer Umzug statt. Im Anschluß daran brachte im Schreierischen Lokal der Arbeiter-Gesangverein „Eintracht“ das alte Kampflied „Wacht auf!“ zu Gehör und Genosse Rudat-Breslau hielt hierauf die Festrede, die mit einem begeisterten Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie endete. Der festliche Teil am Abend hielt die organisierte Arbeiterschaft noch lange zusammen.

In Rosenthal hielt Genosse Steiner-Breslau die Festrede. Eröffnet wurde die Fete durch ein Freiheitslied, gesungen vom Arbeiter-Männer-Gesangverein „Bruderhand“, worauf die Genossen Steiner-Breslau, einen Prolog vorzuzug. Nach der Festrede formierte sich der Umzug, an dem der Arbeiter-Tabakfabrikverein „Solidarität“ und die Fahnen-Deputation der Ortsgruppe Koslanowitz teilnahmen. Auch hier war eine äußerst gute Beteiligung und manchem Reaktivator aus Rosenthal ist beim Anblick dieser imposanten Demonstration das Herz in die Hose gerückt.

Auch in Kaufe und Malitz, wo beide Ortsgruppen gemeinsam den Umzug machten, war Dank der Genossen von Kaufe eine gute Beteiligung. Der Zug löste sich nachmittags 2 Uhr in Kaufe in Bewegung und ging über Malitz, wo eine kleine Pause gemacht wurde. Nach einer Ansprache der Genossen Hornig und Weigel setzte sich der Zug wieder in Bewegung in der Richtung Malitz, wo sich die Kinder, sowie die Genossinnen und Genossen von dort angeschlossen hatten. Nach dem Umzug hielt Genosse Janke-Breslau die Festrede, die begeistert aufgenommen wurde. Ein Vergnügen hielt die Anwesenden noch lange zusammen.

Die Ortsgruppe Groß-Peterwitz hatte am Sonntag ein Vergnügen und am Montag eine Festversammlung, die ebenfalls gut besucht war.

Die Ortsgruppe Canth feierte am Sonntag gemeinsam mit dem Arbeiter-Tabakfabrikverein „Solidarität“ Schosnig, dem ersten Mai. Nach dem Umzug war Konzert und Vergnügen. Die Beteiligung war außerordentlich gut. Die Festrede hielt am Abend Genosse Steiner-Canth, der am Nachmittag in Canth zur Fahnenweihe unserer Ortsgruppe die Festrede hielt. Hier war die Beteiligung ebenfalls außerordentlich gut. Am Umzuge beteiligten sich die Ortsgruppen Groß-Peterwitz, Malitz, Mörchevit, Rogan und Joben. Nach dem Umzuge fand in zwei Sälen ein Vergnügen statt, das ebenfalls gut besucht war.

Die Maifeier in Rathen nahm unter Mitwirkung der Sportvereine einen würdigen und eindrucksvollen Verlauf. Genosse Maruffe-Breslau hielt die Festrede.

Die Arbeiterschaft von Neumarkt feierte den 1. Mai ebenfalls durch vollständige Arbeitsruhe. Nachmittags 2 Uhr bewegte sich ein imposanter Festzug durch die Straßen, der unseren Reaktivatoren zeigte, wo die Massen stehen. Genosse Robitz hielt die Festrede. Der festliche Teil im „Gelben Löwen“ und im „Hohen Hause“ hielt die Arbeiterschaft mit ihren Angehörigen noch lange zusammen.

Insolich verließen die Maifeiern in den übrigen Orten des Kreises. Überall wurde der Maientag ein feierlich ungeliebter Freude und des Bekenntnisses zum Frühlingsglauben des Sozialismus.

## Aus der Provinz Schlesien.

Münsterberg. Der Maifeiergedanke hat auch in der schwarzen Erde festen Fuß gefaßt. Es war ersehnt, wie tags Arbeitstag die Arbeiterschaft aus Münsterberg und Umgebungen in hellen Scharen zum Festzug antrat. Voran die festlich geschmückten Kinder und Kaderinnen; ihnen folgte in großer Zahl die festliche Kinderchar und hinter der Musikkapelle die Tausende der Arbeiter und Arbeiterinnen aus Stadt und Land. Besonders hervorzuheben war die wieder hergestellte Einheitsfront der Arbeiterklasse. Nicht Kommunisten, nicht USPD, sondern ausschließlich nur Sozialisten demonstrieren. Genosse Peiker-Breslau konnte in seiner Maired, die wieder von der nun historisch gewordenen Freitroppe des Münsterberger Kaderhauses gehalten wurde, zustimmend verkünden: Der Maifeiergedanke schreitet zünftig vorwärts! Noch gilt es zu arbeiten, damit die Arbeiter der ganzen Welt den wahren Hölzerfrieden herbeiführen. Alles in allem: Münsterberg hatte eine herrliche Maifeier zu verzeichnen. Der Erfolg war nicht ausbleiben.

Beuthen OS. Wieder ein Todesurteil. Das Schmutzgericht Beuthen verurteilte gestern den 24-jährigen Kesselheizer Kaufmann aus Wirtshain wegen vollendeten und versuchten Mordes zum Tode und wegen versuchten Mordes zu zehn Jahren Zuchthaus und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Birkel war seinerzeit unter dem Verdacht, zu den Tätern des Solzfelder Zehnmännermordes zu gehören, festgenommen worden.

DUNLOP  
Gummiberelung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!





Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend, pünktlich 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Generalversammlung.

Montag, den 8. Mai, finden in allen Distrikten unsere Distrikts-Versammlungen.

Ueberall wird ein Vortrag über: 'Wir und die Konferenz in Genua!' gehalten.

Kebner zu den Distriktsversammlungen! Wir bitten alle, die noch nicht geantwortet haben, um sofortigen Bescheid.

Ein deutsches Lesebuch aus dem Jahre 1922.

Vor mir liegt das deutsche Lesebuch für Lyzeen und Höhere Mädchenschulen, herausgegeben von H. Rippenburg, unter Mitwirkung von Dr. S. Fongen, Geh. Reg.- und Oberschulrat in Breslau.

Meine neunjährig Tochter, die ein hiesiges Lyzeum besucht, muß es haben.

Unter dem Kapitel 'Geschichte' sind folgende Stücke als Leitfäden für würdig und geeignet gehalten worden, in dies Buch für die weibliche 'höhere' Jugend aufgenommen zu werden:

- Nr. 78: Aus dem Leben Friedrichs des Großen, 79: König Friedrich und sein Nachbar, 80: Mittwoch Nachmittag, 81: Aus dem Leben der Königin Luise, 82: Gheffinn Friedrich Wilhelms III., 83: Heiteres Erlebnis des Königs Friedrich Wilh. III., 84: Kaiser Wilhelm I. im Lazarett, 85: Des deutschen Knaben Tischgebet, 86: Kaiser Wilhelms I. Herzensgüte, 87: Kaiser Wilhelm I., 88: Kaiser Friedrichs III. letzte Fahrt, 89: An Deutschlands Jugend.

Wohlgemerkt: Herausgegeben 1922 - 50. Auflage. - (Durchgesehen auf Grund des Min. Erl. v. 18. 9. 1919. -) Das sind also die Früchte sämtlicher ministeriellen Erlasse der Republik!

Woher nur einige Fragen: Hat das deutsche Volk keine größeren Persönlichkeiten hervorgebracht, als Friedrich Wilhelm III. und Wilhelm I.? Wieviel die anderen, 'hohen Herrschaften' der Mittelwasser usw., in ihrer Reihenfolge keine würdigeren Gestalten, als diesen traurigen Friedrich Wilhelm III.?

Über auf den sittlich-ethischen Wert und die Erziehung zur Ehrfurcht vor wirklich großen Frauen und Männern unserer Nation kommt es den Verfassern nicht an. Das Hohenzollerngeschlecht soll selbst mit einem leichten kläglichen Vertreter den deutschen Mädchen von 9 und 10 Jahren schon schmachhaft gemacht werden.

Die Herausgeber und auch der Mitwirkende - wahrscheinlich ist es die vom Minister als geeignet befundene dienstliche Stelle, welche auch das Lesebuch auf Grund des Min. Erl. v. 18. 9. 1919 durchgesehen hatte - haben damit den Beweis erbracht, daß sie als Lehrende und noch mehr als Schulverwaltende Personen, in einer Deutschen Republik schlechterdings untauglich sind.

Und schließlich: Was sagen die vielen Lehrer und Lehrerinnen dazu, die ganz gewiß dem übel berüchtigten Vganzinismus der wilhelmianischen Zeit abhold sind? Oder ist das gar der Geist von Potsdam, der gepflegt werden soll? Unsere Genossen im Landtag werden wohl über diese Frage an den derzeitigen Chef der preussischen Unterrichtsverwaltung stellen müssen. U. U. w. g.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Britetts.

Ein Zentner 76 Mark.

Das städtische Presseamt schreibt uns: Die in Aussicht genommene Erhöhung der Stubenpreise für oberirdische Steinkohlen ist nunmehr endgültig festgesetzt worden.

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Stubenpreise für oberirdische Steinkohlen ist nunmehr endgültig festgesetzt worden, und zwar, wie befürchtet und schon vor einigen Tagen angekündigt, mit rückwirkender Kraft ab 20. April 1922.

Einheitsfürsorge.

pa. Dem Belpiele anderer Großstädte folgend, soll auch in der Breslauer städtischen Verwaltung die Einheitsfürsorge in Anlehnung an das städtische Wohlfahrtsamt durchgeführt werden.

Von der Neueinrichtung werden einmal finanzielle Ersparnisse erwartet, sodann aber und vor allem soll vermieden werden, daß in Zukunft eine Familie von mehreren Pflegerinnen, etwa der Schulpflegerin, der Jugendpflegerin, der Pflegerin des Wohlfahrtsamtes usw. aufgesucht wird.

Die Teilnahme ist unentgeltlich. Der Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes, Stadtrat Tilgner, wird den ersten Vortrag über Wohlfahrtspflege und Einheitsfürsorge am Montag, den 8. Mai d. J., nachmittags 1/2 6 Uhr im Sitzungssaal der Stadtverordneten-Versammlung, Stadthaus, Eingang Elisenstraße halten.

Gegen die wucherische Teuerung und Ausbeutung des Volkes kämpft allein die 'Volkswacht' Lest und werbt für euer Kampfblatt!

Vom Arbeiterbildungsausschuh.

Sprachkursus in Spanisch. Vor einiger Zeit machten wir bekannt, daß - verschiedenen Wünschen entsprechend - versucht werden soll, einen Anfängerkursus in Spanisch zusammenzubringen.

Kriegsfolgen.

Wie elend, nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in geistlich-ethischer Hinsicht, der Krieg so viele gemacht hat, die an ihm teilnehmen mußten, davon machen sich diejenigen, die auch heute noch mehr oder weniger offen zum Revanchekrieg aufstacheln, wohl keinen Begriff.

Ein besonders trauriger Fall stand dieser Tage wieder vor dem Militärverordnungsgericht zur Verhandlung.

Der frühere 33 Jahre alte Drogist K., Vater eines zehn-jährigen Mädchens, hatte im Kriege einen Kopfbruch erhalten, der halbseitige Lähmung des ganzen Körpers, Sprachstörung und schwere Schädigung des Gehirns zur Folge hatte.

Die Kugel ist noch im Kopfe, sie kann sich mit der Zeit lenken und später noch andere Störungen hervorrufen. K. ist nicht imstande, irgendeine lohnbringende Beschäftigung zu verrichten.

Im Kampf mit dem Wucher.

pa. Wegen Wuchers ist der Expedient Walter Freier, Ottostraße 33, vom Breslauer Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, wegen Preistreiberi und Schleichhandels der Tischreider Wilhelm Kalkite, Mihaelstraße 6, vom Breslauer Amtsgericht zu einer Woche Gefängnis und der gleichen Geldstrafe verurteilt worden.

Im Kampf mit dem Wucher. Wegen Wuchers ist der Expedient Walter Freier, Ottostraße 33, vom Breslauer Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, wegen Preistreiberi und Schleichhandels der Tischreider Wilhelm Kalkite, Mihaelstraße 6, vom Breslauer Amtsgericht zu einer Woche Gefängnis und der gleichen Geldstrafe verurteilt worden.

Boytott über die Freizeugeschäfte.

Im Angelegenheiten geben wir die Geschäfte bekannt, die jeder, ob Bürger, Beamter, Arbeiter oder Angestellter, unbedingt meiden muß, weil diese Herren ihren Angestellten nicht mal einen Lohn von 360 Mark pro Woche im Höchstfalle geben wollen, dafür aber 65 Stunden Arbeit fordern.

Die Volkserziehung im Rathaus, eine Treppe (Ratszimmer) ist im Monat April von 612 Personen, 325 Männern und 287 Frauen besucht worden.

Betterversicherung 28, Angestelltenversicherung 2, Arbeits- und Dienstvertrag 21, bürgerliches Recht 206, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 57, Strafrecht 20, Privatversicherung 3, Handels- und Gewerbesachen 2.

Die Volksberatungsstelle ist werktäglich von 8-2 Uhr geöffnet. Wieder einmal. Wegen angeblühter Beleidigung des Pastors Wenschuh-Stoberan wurde Genosse Zimmer von der ersten Strafkammer Breg, trotz erbrachten Wahrheitsbeweises zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Ausstellung der 40 Entwürfe des Generalbebauungsplanes Groß-Breslau in den Räumen des Rünftlerbundes Schlesien (Christophoriplatz (Getreidemarkthalle), erfreut sich eines regen Besuches aller Kreise der Bevölkerung.

Für die Stadtverordneten findet am Freitag, den 5. Mai, eine sachkundige Führung statt.

Erhöhung der Speisehauspreise. Der Vorstand der städtischen Speisehäuser hat beschlossen, von Montag, den 8. Mai d. J., ab folgende Preiserhöhungen eintreten zu lassen.

Wieder einmal. Wegen angeblühter Beleidigung des Pastors Wenschuh-Stoberan wurde Genosse Zimmer von der ersten Strafkammer Breg, trotz erbrachten Wahrheitsbeweises zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Brotmarkenausgabestellen des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviere werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Strasse nach der Jahnturmhalle, Jahntstraße 5 I, verlegt.

Die Brotmarkenausgabestellen des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviere werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Strasse nach der Jahnturmhalle, Jahntstraße 5 I, verlegt.

Die Brotmarkenausgabestellen des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviere werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Strasse nach der Jahnturmhalle, Jahntstraße 5 I, verlegt.

Die Brotmarkenausgabestellen des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviere werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Strasse nach der Jahnturmhalle, Jahntstraße 5 I, verlegt.

Die Brotmarkenausgabestellen des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviere werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Strasse nach der Jahnturmhalle, Jahntstraße 5 I, verlegt.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadtheater. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, 'Martha' mit den Damen Dörwald, Köfner und den Herren Thuberl, Wilhelm, Willimsky.

Vereinigte Theater. Im Lobe-Theater heute, Donnerstag, 'Katte', Freitag 'Madame sans gêne'.

Im Thalia-Theater wird täglich das amüsante Lustspiel 'Kaiser contra Kaiser' gespielt.

Bereinstalender.

Konsumverein 'Vorwärts'. Heute abend 1/2 8 Uhr findet in der Aula der Viktorialschule, Blicherstraße, ein Lichtbildvortrag statt.

Bauarbeiter-Verband. (Sektion der Träger.) Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses.

Freie Arbeitervereingung Breslau e. V. Freitag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Freie Arbeitervereingung Breslau e. V. Freitag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Advertisement for Gustin flour featuring a logo with a woman's face and text: 'Was ist Gustin?', 'Gustin ist ein sehr feiner Speiseulmehl-Puder...', 'Mit Gustin bereitet man: Puddings, Cremes, Suppen, Sauces, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammerli, Ideale Kinderspeisen, Krankenspeisen aller Art.'



Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Heute abend, pünktlich 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Generalversammlung.

Eintritt nur gegen Vorzeigung des Parteimitgliedsbuches.

Montag, den 8. Mai, finden in allen Distrikten unsere Distrikts-Versammlungen statt.

Ueberall wird ein Vortrag über: 'Wir und die Konferenz in Genoa' gehalten.

Hedner zu den Distriktsversammlungen! Wir bitten alle, die noch nicht geantwortet haben, um sofortigen Bescheid.

Ein deutsches Lesebuch aus dem Jahre 1922.

Vor mir liegt das deutsche Lesebuch für Lyzeen und Höhere Mädchenschulen, herausgegeben von H. Rippenburg, unter Mitwirkung von Dr. S. Langen, Geh. Reg.- und Oberschulrat in Breslau.

Meine neunjährige Tochter, die ein hiesiges Lyzeum besucht, muß es haben.

Unter dem Kapitel 'Geschichte' sind folgende Stücke allein für würdig und geeignet gehalten worden, in dies Buch für die weibliche Jugend aufgenommen zu werden:

- Nr. 78: Aus dem Leben Friedrichs des Großen, 79: König Friedrich und sein Nachbar, 80: Mittwoch Nachmittag, 81: Aus dem Leben der Königin Luise, 82: Edelmann Friedrich Wilhelms III., 83: Heiteres Erlebnis des Königs Friedrich Wilhelm III., 84: Kaiser Wilhelm I. im Lazarett, 85: Des deutschen Knaben Tischgebet, 86: Kaiser Wilhelms I. Herzogsgüte, 87: Kaiser Wilhelm I., 88: Kaiser Friedrichs III. letzte Fahrt, 89: An Deutschlands Jugend.

Wohlgemerkt: Herausgegeben 1922 - 59. Auflage. - (Durchgesehen auf Grund des Min. Erl. v. 18. 9. 1919. -) Das sind also die frühesten sämtlichen ministeriellen Erlasse der Republik!

Zu stellen nur einige Fragen: Hat das deutsche Volk keine größeren Persönlichkeit hervorgebracht, als Friedrich Wilhelm III. und Wilhelm I.? Bieten die anderen, 'höhen Herrschaften' der Mittelbader usw., in ihrer Abenteuerei keine würdigeren Gestalten, als diesen traurigen Friedrich Wilhelm III.?

Über auf den stillos-ehelichen Wert und die Erziehung zur Ehrfurcht vor wirklich großen Frauen und Männern unserer Nation kommt es den Verfassern nicht an. Das Hohenzollerngeschlecht soll selbst mit einem seiner kläglichsten Vertreter den deutschen Mädchen von 9 und 10 Jahren schon schamhaft gemacht werden.

Die Herausgeber und auch der Mitwirkende - wahrhaftig ist es die vom Minister als geeignet befundene dienstliche Stelle, welche auch das Lesebuch auf Grund des Min.-Erl. v. 18. 9. 1919 durchgesehen hatte - haben damit den Beweis erbracht, daß sie als Lehrende und noch mehr als schulerwerbende Personen, in einer Deutschen Republik schlechterdings untauglich sind.

Und schließlich: Was sagen die vielen Lehrer und Lehrerinnen dazu, die ganz gewiß dem über berücksichtigten Byzantinismus der Wilhelmianischen Zeit abhold sind? Ober ist das gar der Geist von Potsdam, der gepflegt werden soll? Unsere Genossen im Landtag werden wohl über diese Frage an den derzeitigen Chef der preussischen Unterrichtsverwaltung stellen müssen. U. A. W. G.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Briketts.

Ein Zentner 76 Mark.

Das städtische Preisamt schreibt uns:

Die in Aussicht genommene Erhöhung der Grubenpreise für oberirdische Steinkohlen ist nunmehr endgültig festgesetzt worden, und zwar, wie befürchtet und schon vor einigen Tagen angekündigt, mit rückwirkender Kraft ab 20. April 1922. Anknüpfend hat die Eisenbahn am 1. Mai ihre Frachten weiter erhöht, so daß es leider notwendig ist, die 2. Zt. geltenden Höchstpreise für Kohlen und Briketts nochmals zu erhöhen.

Einheitsfürsorge.

pa. Dem Beispiele anderer Großstädte folgend, soll auch in der Breslauer städtischen Verwaltung die Einheitsfürsorge in Ausführung an das städtische Wohlfahrtsamt durchzuführen werden, und zwar zunächst versuchsweise in einem Bezirke, der die Dornschadt umfaßt.

Von der Neueinrichtung werden einmal finanzielle Ersparnisse erwartet, sodann aber und vor allem soll vermieden werden, daß in Zukunft eine Familie von mehreren Pflegerinnen, etwa der Schulpflegerin, der Jugendpflegerin, der Pflegerin des Wohlfahrtsamtes usw. umgesehen wird.

Die Teilnahme ist unentgeltlich. Der Vorsitzende des Wohlfahrtsamtes, Stadtrat Tillner, wird den ersten Vortrag über Wohlfahrtsfürsorge und Einheitsfürsorge am Montag, den 8. Mai d. J., nachmittags 1/2 6 Uhr im Sitzungssaale der Stadtvorordneten-Versammlung, Stadthaus, Eingang Eissa- beistrasse halten.

Gegen die wucherische Teuerung und Ausbeutung des Volkes kämpft allein die 'Volkswacht' Lest und werbt für euer Kampfblatt!

Vom Arbeiterbildungsausschuß.

Sprachkursus in Spanisch. Vor einiger Zeit machten wir bekannt, daß - verschiedenen Wünschen entsprechend - versucht werden soll, einen Anfängerkursus in Spanisch zusammenzubringen.

Kriegsfolgen.

Wie elend, nicht nur in wirtschaftlicher sondern auch in geistlicher Hinsicht, der Krieg so viele gemacht hat, die an ihm teilnehmen mußten, davon machen sich diejenigen, die auch heute noch mehr oder weniger offen zum Revanchekrieg aufstehen, wohl keinen Begriff.

Ein besonders trauriger Fall stand dieser Tage wieder vor dem Militärverordnungsgericht zur Verhandlung.

Der frühere 33 Jahre alte Drogist K., Vater eines zehnjährigen Mädchens, hatte im Kriege einen Kopfschuß erlitten, der halbseitige Lähmung des ganzen Körpers, Sprachstörung und schwere Schädigung des Gehirns zur Folge hatte.

Noch sind die Wunden, die der Krieg geschlagen, nicht geheilt und schon suchen 'aufrechte' Patrioten zu neuem blutigen Völkerringen aufzubeugen.

Im Kampf mit dem Wucher.

pa. Wegen Wuchers ist der Creditant Walter Freier, Ottostraße 33, vom Breslauer Schöffengericht zu drei Wochen Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe, wegen Preistreiberi und Schleichhandels der Zuschneider Wilhelm Kalinke, Michaelisstraße 6, vom Breslauer Amtsgericht zu einer Woche Gefängnis und der gleichen Geldstrafe verurteilt worden.

Boykott über die Freisorgekassen.

Im Angelegenheit leben wir die Geschäfte bekannt, die jeder, ob Bürger, Beamter, Arbeiter oder Angestellter, unbedingt meiden muß, weil diese Herren ihren Angestellten nicht mal einen Lohn von 500 Mark pro Woche im Geschäftsfalle geben wollen, dafür aber 65 Stunden Arbeit fordern.

Die Volksberatungstelle im Rathaus, eine Treppe (Raumnummer) ist im Monat April von 612 Personen, 325 Männern und 287 Frauen besucht worden.

beiterversicherung 26, Angehörtenversicherung 2, Arbeits- und Dienstreise 21, bürgerliches Recht 208, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 67, Strafrecht 20, Privatversicherung 3, Handels- und Gewerbetätigen 2.

Wieder einmal. Wegen angeblicher Beleidigung des Pastors Wenschuch-Stoberau wurde Genosse Zimmer von der ersten Strafkammer Bries, trotz erbrachten Wahrheitsbeweises zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Ausstellung der 40 Entwürfe des Generalbebauungsplanes Groß-Breslau in den Räumen des Künstlerbundes Schützen Christophoriplatz (Getreidemarkthalle), erfreut sich eines regen Besuches aller Kreise der Bevölkerung.

Für die Stadtvorordneten findet am Freitag, den 5. Mai, eine sachkundige Führung statt.

Erhöhung der Speisehauspreise. Der Vorstand der städtischen Speisehäuser hat beschlossen, von Montag, den 8. Mai d. J., ab folgende Preiserhöhungen eintreten zu lassen: Für ein Essen mit Fleisch oder Fisch 6 Mark, ohne Fleisch oder Fisch 3 Mark, für eine Suppe 1,50 Mark.

Falsche Verwendung nicht gebrauchter Brotmarken. Wiederholt haben Verbraucher, die statt Markenbrot freies Brot kauften, die erübrigten Brotarten kurzerhand ihrem Bäcker zur freien Verfügung übergeben.

Die Brotmarkenausgaben des ehemaligen 24., 25. und 28. Polizeireviers werden am Sonnabend, den 6. Mai d. J., von der Friedrich-Wilhelm-Straße nach der Jahnturnhalle, Jahnstraße 5 I, verlegt.

Konzerte - Theater - Vergnügungen.

Stadtheater. Heute, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr 'Martha' mit den Damen Dornwald, Kofner und den Herren Taubert, Wilhelm, Wilmanns.

Vereinigte Theater. Im Lobe-Theater heute, Donnerstag, 'Katte', Freitag 'Madame Sans Gene'.

Die Vorprogramm-Veranstaltung im Lobe-Theater für die freie literarische Vereinigung findet Sonntag, 7. Mai, vormittags 11 Uhr pünktlich statt.

Vereinigte Theater. Im Lobe-Theater heute, Donnerstag, 'Katte', Freitag 'Madame Sans Gene'.

Im Thalia-Theater wird täglich das amüsante Lustspiel 'Kaiser contra Kaiser' gespielt.

Bereinskalender.

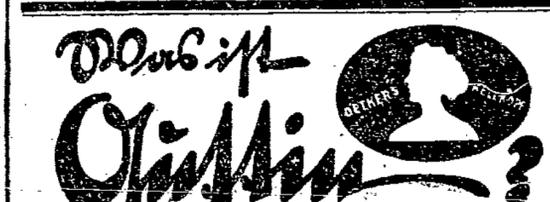
Konsumverein 'Vorwärts'. Heute abend 1/2 8 Uhr findet in der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße, ein Lichtbildervortrag statt.

Bauarbeiter-Verband. (Sektion der Träger.) Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses: Monatsversammlung.

Freie Kriegervereinigung Breslau e. V. Freitag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Monatsversammlung.

Freie Arbeitervereine. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses: Begrüßungsveranstaltung.

Freie Arbeitervereine. Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses: Begrüßungsveranstaltung.



Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüsa, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit Gustin bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammkuchen, ideale Kinderspeisen, Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Rezepte unschätzlich in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreiben man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

# Führende Häuser des Breslauer Großhandels.



**Aktiengesellschaft  
für Webwaren und Bekleidung**  
Breslau 5, Gartenstraße 7

**E. Lewin**  
Pelze - Felle - Hüte  
Breslau 5  
Theaterstraße 4  
Berlin C. 19 - Königsberg i. Pr. - Leipzig  
Neue Grünstraße 31 - Steindamm 128/129 - Nikolaistr. 20/25

**Moritz Herrstadt**  
Kleiderstoff-Großhandlung  
BRESLAU I = Karlstraße 30

**Jacobowitz & Silberstein**  
Gegr. 1884 Textilaren en gros Gegr. 1884  
Ständiger Neueingang in Leinen- und Baumwollartikeln jeder Art  
Antonienstr. 2/4 (Pokoyhof) BRESLAU I Fernsprecher Ring Nr. 552

**M. Forell & Co.** Großhandlung  
Kurswaren - Knöpfe - Posamenten  
Spitzen - Stickerien - Bijouterien  
Haarschmuck  
BRESLAU I  
Karlstraße 26  
Fabrikation  
moderner Weißwaren  
Gürtel - Rosenträger

**Israel & Skupin** Großhandlung  
Kurswaren Knöpfe Besätze  
Breslau  
Büttnerstraße 22/23  
Königsberg Ostpr.  
Steindamm 128/129

**Berthold Loewenberg** Tel. Ring 5496  
Kleiderstoff-Großhandlung  
BRESLAU I, Schloßhale 5, Ecke Dorothengasse

**Gebr. Peiser**  
Damen- und Mädchenmäntel-Fabrik  
Schweidnitzer Straße 38/40 BRESLAU  
Telephon Ring Nr. 2568

**Louis Weiß**  
Ledergroßhandlung  
BRESLAU I - Wallstraße 13 - Telephon Ring 1493 und 7562

**A. Graebisch**  
Lederlager und Kommission  
BRESLAU I - Roßmarkt 11 - Telephon Ring 308

**Hermann Scholz**  
Ledergroßhandlung  
Gegründet 1886  
Breslau I = Antonienstraße 2/4  
Fernsprecher Ring 794  
Reichsbank-Girokonto: Städtische Bank  
Postcheckkonto 121

**Geschämte Rundschau mit Dauerfahrplan**  
Abfahrt Freiburger Bahnhof Ankunft  
Richtung Hirschberg.  
Görlitz-Berlin 500 W 600  
Görlitz 500 1300 W bis Canth, Sonntag  
bis Königszell, 1200  
Königszell 510  
Hirschberg 440  
Kohlfurt 620  
Dittersbach 1010  
Verkehlte.  
Canth 420 W  
Schmolz 600 W  
Richtung Rastach-Lissa.  
Hbf. 400 W 500 1000 1100 1200  
Frh. Bhf. 1200 W 500 W 600 W 1300 W 1400  
500 W 400 W 300 W 200 W 100 W  
Richtung Steinau a. S.  
Schwiedefeld 300 W  
Steinau 400 1200 April bis Sept. 1100  
Rastach 500  
Dyhernfurth 140 W

**P. KLOSS**  
Elektrische Licht- und Kraftanlagen.  
Fabrik und Lager mod. Beleuchtungskörper.  
Ständiges Lager elektrischer Maschinen,  
Heiz- und Kochapparate.  
Ingenieur-Büro  
BRESLAU I, Nikolaistraße Nr. 7  
Fernsprecher Amt Ring 4467  
Gegründet 1842

**Heymann Daniel**  
Breslau XI, Büttnerstraße 1  
Leder-Großhandlung  
Ständiges Lager von Ober- und Unterleder  
Spezialität: Mollische & Bagische Fabrikate

Richtung Steinau a. S.  
Steinau 600  
Rastach 1010  
Dyhernfurth 500  
Schwiedefeld 400  
Wohlan 600 W 600 Sonntags.

Reserviert für  
Thorwarth & Hielscher

**Fritz Sachs & Co.** Gegründet 1882  
Kleiderstoff-Großhandlung  
Breslau Karlstraße Nr. 36  
Berlin  
Spandauer Straße 20

**B. GUTTENTAG**  
Gegr. 1860  
Herren- und Knabenkleiderfabrik  
BRESLAU I Büttnerstraße 26/27 Tel. Ring 1797

**HOFFMANN & COHN**  
Strumpfwaren = Trikotagen  
Handschuhe = Wollwaren  
BRESLAU I, Schloßhale Nr. 16, an der Karlstraße

Reserviert

**Caesar Reichert**  
Breslau Karlstraße 12 Telephon Ring 924  
Leinen- und Baumwollwaren-Großhandlung

**Goldenkranz & Grünfeld**  
Breslau I. Karlstraße 40/41  
Trikotagen-, Strumpfwaren- und Wollwaren-Großhandlung

**Leopold Loewenstein**  
Handschuhe, Strümpfe, Trikotagen. Lagerbesuch lehrend  
Breslau, Karlstraße 18, Telephon Ring 2022

**David & Schäfer**  
Wachstuch, Läufer, Teppiche, Decken und Gardinen en gros  
Breslau Karlstraße 2/10 Tel. Ring 1425

**Brodek, Lewin & Co.**  
Herren- und Knabenkleiderfabrik  
BRESLAU, Schweidnitzer Straße 10/11 - Telephon Ring 2334

**Pollack & Adler**  
Herren-Kleider-Fabrik - Breslau, Pokoyhof - Telephon Ring 2637

**Mützen, Filz- und Strohhüte**  
Gebrüder Cohn  
Breslau 4. Antonienstraße 2/4, am Karlsplatz. Pokoyhof  
Reichhaltige Kollektion - Große Lager - Muster gegen Entlohnung in Dresden

**Adolph Caro - Breslau**  
Spezial-Hosenfabrik  
Karlstraße 34, III und IV. Etage - Telephon Ring 7908